

DEUTSCHLAND

Höher steigt die Sonne

Russische Schwenkungen

Anfang dieser Woche überraschte die sowjetrussische Zeitung „New Times“, die in Moskau in englischer Sprache erscheint, alle Nichteingeweihten durch den Vorwurf an die Adresse der drei Westmächte, daß sie in Verletzung des Potsdamer Abkommens zu viele Werke demontiert hätten.

Zwar war in Potsdam ausdrücklich festgelegt worden, daß Reparationen ausschließlich in der Demontage von Industriewerken bestehen sollten — und die Russen haben bis heute noch keine Demontageliste veröffentlicht. Aber sie waren schon seit längerem übereingekommen, daß ihre Reparationspolitik ein Fehlschlag sei, und sie hatten in ihrer eigenen Zone schon umgeschaltet: Pieck und Grotewohl, Fechner und Ulbricht fuhren nach Karlshorst, und als sie wiederkamen, verkündeten die SED-Führer, daß jegliche Demontage endgültig gestoppt sei.

Reparationen sollten künftig nur noch aus der laufenden Produktion entnommen werden, und zwar nur ein „geringer Teil“. Die Produktion selbst, die in der Ostzone laut SED-Bericht 70 Prozent der Friedenswirtschaft erreicht hat, soll bis auf das Zwei- bis Dreifache der im Industrieplan vorgesehenen Kapazität erhöht werden.

Zweihundert Betriebe, die abtransportiert werden sollten, bleiben als russische Aktiengesellschaften in Deutschland. „Die Demontagen haben bei weitem nicht den Umfang angenommen, den Phantasten, Schwarzseher und Hetzer vorausgesagt haben“, schreibt die „Tägliche Rundschau“. Selbst im Werkzeugmaschinenbau sei die tatsächlich belassene Kapazität doppelt so groß wie vom Kontrollrat für diese Zone vorgesehen. „Höher steigt die Sonne“, ist ein Leitartikel der Leipziger „Freiheit“ überschrieben, der die neue Situation beleuchtet.

In die verlangten zehn Milliarden Dollar — „ein Zehntel des russischen Schadens“ — werden die demontierten Werke mit einbezogen, erklärte Marschall Sokolowski den SED-Führern. In diese Ziffer sollen aber noch andere Werte mit einbezogen werden, und zwar Leistungen aus der zu erhöhenden Westzonen-Industrie.

Die Amerikaner lehnten diese Pläne, mit deren Hilfe sie die Wirtschaftseinheit zu erreichen gedachten, nicht rundweg ab. Ihr Wirtschafts-General William Draper, ein gewiegter Bankfachmann,* verhandelte ausgiebig und optimistisch, aber sie ließen offiziell doch erklären, daß sie eine Erhöhung der deutschen Industrie zu Reparationszwecken für gefährlich hielten.

Andererseits sind sie selbst dazu übergegangen, das Industriepotential ihrer Zone zu erhöhen, und auch die Engländer sind

dabei, ihre Demontagen im Hinblick auf eine Zweizonen-Wirtschaft zu überprüfen. Mr. Hynd gab bekannt, daß England in Moskau einen neuen Industrieplan vorlegen werde.

Moskau und die Vorbereitung, die der Kontrollrat für diese Märzkonferenz zu treffen hat, waren der Anlaß zu einem scharfen Vorstoß Marschall Sokolowskis im Kontrollrat. Der Kontrollrat war von der Außenministerkonferenz im Dezember beauftragt worden, für die Moskauer Tagung einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit zusammenzustellen. Wegen des Nichtvorliegens von Reparationsziffern aus der russischen Zone hatten die angelsächsischen Vertreter die Abfassung eines gemeinsamen Berichts für unzweckmäßig erachtet.

Demgegenüber stellte Marschall Sokolowski fest, daß die Zweckmäßigkeit eines gemeinsamen Berichts schon gleich zu Anfang im Koordinierungsausschuß in Zweifel gezogen worden sei, als von russischen Unterlagen noch gar nicht die Rede war. Bevin aber habe in New York zugestimmt, daß Zahlen über die bisherigen Reparationsleistungen der Ostzone nicht dem Kontrollrat, sondern zu gegebener Zeit dem Außenministerrat einzureichen seien.

„Gewisse Delegationen“ dagegen, sagt Sokolowski, haben sich außerstande erklärt, Angaben über die Entnazifizierung vorzulegen. Die öffentliche Meinung der Welt sei stärkstens an den politischen Pro-

blemen interessiert, die seit einer bestimmten Zeit unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Verschmelzung der britischen und der US-Zone verfolgt würden. Diese werde von der fortschrittlichen Presse als eine Politik der Aufteilung Deutschlands betrachtet.

„Ich muß erklären, wenn irgendjemand den Kontrollrat zu diskreditieren und so eine Demonstration des Versagens der Vier-Mächteverwaltung zu inszenieren wünscht; so wäre das ein Versuch mit vergeblichen Mitteln.“

General McNarney gab die Vorwürfe in derselben Tonart zurück und Sir Sholto erklärte, „wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“ Für die nächste Sitzung des Koordinierungsausschusses ist eine Erklärung von russischer Seite zugesagt.

Aus der Ostzone mehrten sich Kundgebungen, die eine Zulassung der SPD fordern. Auch Schumacher spielte in seiner Berliner Pressekonferenz auf Nachrichten an, nach denen in der Ostzone versucht würde, zuverlässige SED-Leute, die früher der SPD angehörten, wieder in Schlüsselstellungen der neu zuzulassenden SPD zu bringen. Eine größere Bereitschaft der SMA, mit den nichtmarxistischen Parteien zusammenzuarbeiten, erblickt man in der Aufhebung der Vorzensur für die gesamte Ostzonenpresse.

Lord Beveridge besuchte Pieck und Grotewohl. Er erkundigte sich eingehend nach den Abmachungen zwischen den Russen und der SED, sagte aber nicht, was er erfahren hatte.

Die SED faßte am Vorabend der Moskauer Konferenz eine Entschließung, in der die hoffnungsvolle Lage der Ostzone der ungünstigen Situation in der Westzone gegenübergestellt wird. Im Osten sei die Verwaltung von Faschisten und Militaristen gereinigt, in der Ostzone sei die Demontage beendet, in den Westzonen laufe sie erst an, trotzdem habe die Industrieproduktion dort prozentual kaum die Hälfte des Standes in der Ostzone erreicht. Die Westzonenwirtschaft werde überfremdet. „Im Osten Deutschlands ist ein neuer Weg, der richtige, beschritten.“

Nicht nur die SED macht sich Sorgen um die Entnazifizierung. Ein Bericht des „Internationalen Ausschusses zum Studium europäischer Fragen“ besagt, daß die Nazi-Partei in Deutschland sich illegal als Untergrundbewegung organisiere, daß sie sich zur Machtergreifung vorbereite, und daß der amerikanische Steuerzahler betrogen und ausgenutzt würde.

Der 10 000-Worte-Bericht ist u. a. von dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung Edouard Herriot, den Lords Vansittart und Brabazon und von dem früheren dänischen Außenminister Christmas Moeller unterzeichnet.

General Clay erklärte dazu in einer ablehnenden Stellungnahme, die Demokratisierung Deutschlands sei eine Aufgabe auf lange Sicht. Andere hohe US-Beamte äußerten, es wäre interessant zu erfahren, woher die Unterzeichner dieses Berichts ihre Informationen hätten. Keiner von ihnen sei jemals in der amerikanischen Zone gewesen.



Wirtschaft der offenen Tür
William Draper

* Laut „Neues Deutschland“ in Zivil Vizepräsident der New Yorker Privatbank Dillon, Read & Co., die nach dem ersten Weltkrieg das Anleihegeschäft für Deutschland tätigte.